

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/KIA/11

Bonn, den 24. Januar 1964

wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
	<u>Zerstörung einer Legende</u>	50
	Das traurige Erbe des Franz Josef Strauß	
2 - 3	<u>War die Debatte langweilig ?</u>	34
	Ein Nachwort zur 1. Lesung des Atomteststopp-Abkommens	
4	<u>III. Kongreß griechischer Sozialdemokraten in Deutschland</u>	46
	Von Dr. Basil P. Mathiopoulos	
5 - 7	<u>Frankreich am Scheideweg</u>	100
	Nachgaullistische Perspektiven	
	Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	
7	<u>Das zweite Mal in drei Jahren</u>	32
	Sowjetische Aktivitäten im Kongo	

Chefredakteur Günter Markscheffel

Zerstörung einer Legende

Das traurige Erbe des Franz Josef Strauß

G.M. Lange Zeit ging in der Bundesrepublik die Mär um, Franz Josef Strauß sei zwar kein angenehmer Zeitgenosse, man müsse dem vitalen und seine Ellenbogen kräftig gebrauchenden Mann aus Bayern jedoch zuhilligen, er sei ein hervorragender Verteidigungsminister. Diese Geschichte wurde mit so vielen Beispielen "belegt", daß man Strauß anläßlich seiner nicht gerade rühmlichen Verabschiedung als Verteidigungsminister mit dem Großen Zapfenstreich beehrte, eine Geste, über die viele in Ehren grau gewordene Soldaten den Kopf schüttelten.

Ein gutes Jahr nach der Verabschiedung des früheren Verteidigungsministers wird langsam, aber doch recht deutlich sichtbar, daß die dem Franz Josef Strauß seinerzeit gewundenen Lorbeeren vor der harten Realität dahinwehen.

- * Es ist inzwischen Allgemeingut auch von Laien in militärischen Fragen geworden, daß der unter Strauß hektisch - oder wie man damals sagte "energisch" - vorangetriebene Aufbau der Bundeswehr eine Fehlleistung sondergleichen war.

Als ob man es nicht schon längst gewußt hätte, wird plötzlich von militärischen Sachverständigen aller Schattierungen das meiste vor dem als Fehler erklärt, was man noch vor gut einem Jahr zur Verteidigung des im Abgang befindlichen Verteidigungsministers vorgebracht hatte.

Wie oft ist zum Beispiel im Verteidigungsausschuß darauf hingewiesen worden, daß eine Armee funktionsunfähig sei, wenn man nicht außer für die Sollzahl an Rekruten auch für die entsprechende Zahl von qualifizierten Ausbildern Sorge! ? Und wie oft wurde auf die Notwendigkeit einer wirkungsvollen Territorialverteidigung hingewiesen, ohne deren Existenz die Verteidigung als Ganzes im Ernstfall höchst illusorisch bleiben würde! ?

Die Kritik an den Methoden von Strauß, an seiner Art, über Einwände organisatorischer oder technischer Art hinwegzugehen, wurde in jener Zeit meist hintergründig mit dem Verdacht beantwortet, die Kritiker an Strauß wollten die Verteidigungskraft der Bundesrepublik schwächen.

Ähnlich erging es den zahlreichen Warnungen gegen die Dispositionen des damaligen Verteidigungsministers in vielen Fragen der technischen Ausrüstung der Bundeswehr. Nicht wenige Prozesse, die alle ihren Ursprung in jener Zeit haben, in der Strauß Verteidigungsminister war, zeigen eine kaum vorstellbare Leichtfertigkeit bei der Organisation des Beschaffungswesens für Verteidigungsmaterial und der Begutachtung von geeigneten Verteidigungsmitteln. - Die unter Strauß üblichen Schwankungen in der Beurteilung des Begriffs "Inneres Gefüge", die Heranziehung von wenig qualifizierten Kräften und das Beiseiteschieben von Persönlichkeiten, deren politische und militärische Eignung außer Zweifel war, zwingt zu einer Reorganisation der Führungsspitze der Bundeswehr, eine Maßnahme, die eigentlich schon nach den ersten schlechten Erfahrungen - also zur Zeit des Höhepunktes eines Franz Josef Strauß als Verteidigungsminister - fällig gewesen wäre.

Die früheren Bewunderer und Verteidiger des ehemaligen Verteidigungsministers hüllen sich in Schweigen. Auch sie haben längst erkannt, daß Strauß nur eine Legende war. So schnell vergeht in der Bundesrepublik politischer Ruhm!

War die Debatte langweilig ?

Ein Nachwort zur Ersten Lesung des Atomteststopp-Abkommens
Von Franz Bersig

Wenn sich Beobachter des politischen Bonn treffen, die schon 1949 im Bundeshaus waren und schon die erste Legislaturperiode miterlebten, dann kommen sie in späten Abendstunden häufig zu der Meinung, früher sei es doch eigentlich in Bonn munterer zugegangen. Die Debatten seien lebhafter gewesen, und mit Schmunzeln erinnert man sich an so skurille Typen wie Heinz Renner von der KPD, Josef Baumgartner von der Bayernpartei, Hubi von Thadden von der Deutschen Rechtspartei, den bärtigen Dr. Leuchtgens, Gen Öl-Auner und andere. Keiner von diesen Beobachtern aber wird, wenn er die Dinge politisch durchdenkt, die Meinung vertreten, es wäre gut, wenn wir die gleichen Parteiverhältnisse und gleiche oder ähnliche Personen wieder im Deutschen Bundestag des Jahres 1964 hätten.

Die Diskussion mag sich dann fortsetzen, wenn man in Erinnerungen schwelgt, wie es bei früheren Debatten zwischen der CDU/CSU und der SPD hergegangen ist. Gewiß, es gab Krach, es knisterte, aber am nächsten Tage war man in den Kommentaren überall der Ansicht, es sei im Deutschen Bundestag unwürdig zugegangen. Auch diese Zustände wünschen sich die Betrachter der Bonner Szenerie nicht zurück.

Doch nun beherrscht ein neues Wort die Diskussion - auch nach der Debatte am Mittwoch - : es sei zu langweilig. War dieses Urteil, das in vielen Kommentaren am Donnerstag zum Ausdruck kam, gerecht? War es wirklich so, daß nur der Baron von Guttenberg durch seine Rede das erzielt hat, was man als "Debatte" bezeichnen kann?

Nun, wer sich um Gerechtigkeit bemüht, muß von der inneren Situation der Bundesregierung und der CDU/CSU ausgehen. Dar kann nicht übersehen, daß es in dieser Regierung und dieser Partei schwere Spannungen gibt, die sich auf fast alle Fragen der Aussenpolitik - in der Innenpolitik ist es nicht viel anders - erstrecken. Im Parlament aber sprach man sie nicht aus, man bemühte sich - auch das ist das Produkt einer vierzehnjährigen Bonner Konstellation - Einigkeit zu demonstrieren, wo die Uneinigkeit mit Händen zu greifen war.

Dieser erneute Versuch der Vernebelung aber ist am Mittwoch im Deutschen Bundestag zum ersten Mal der Koalition mißglückt. Er konnte nicht gelingen, weil Fritz Erler in der Erwiderung auf die Begründungs-

Pflichtübung von Aussenminister Schröder klar herausstellte, was in dieser Begründung fehlte und wie die Opposition die Dinge beurteilt. Der Koalitionsversuch mußte scheitern, weil nach der ersten Rede von Herbert Wehner Schröder sprechen mußte, und die Rede von Guttenbergs wäre nicht erfolgt, wenn es die Rede von Wehner nicht gegeben hätte.

Und weil die Opposition so taktierte, wurde erstmalig im Bundestag aktenkundig, in welcher Verfassung sich Regierung und Koalition befinden, selbst wenn Dr. Adenauer seine Koalitions-Oppositions-Tätigkeit nicht im Bundestag, sondern einen Tag vorher in der Fraktion und einen Tag nachher im "Rheinischen Merkur" ausübte. Nein, die Sozialdemokratische Partei jubelt nicht, daß sich die Koalition und insbesondere die CDU/CSU in dieser Verfassung befindet, denn das ist ein Zustand, der die deutsche Aussenpolitik lähmt und steril werden läßt.

Auf der anderen Seite aber ist es auf die Dauer nicht angängig, daß dieser Widerstreit immer nur in Zeitungsinterviews und Rundfunkansprachen zum Ausdruck kommt. Die Bestandaufnahme der inneren Zerrissenheit mußte auch einmal im Parlament erfolgen, und das erreicht zu haben, ist das Verdienst der Opposition.

Wer die heutige Reaktion - 48 Stunden nach der Debatte - registriert, der wird feststellen, daß der Begriff "langweilig" weitgehend zurückgedrängt ist. Heute beschäftigt man sich viel mehr mit der Isolierung, in die der Bundesaussenminister geraten ist, und selbst der CDU nahestehende Zeitungen wie die "Rheinische Post" mahnen ihn, mehr Kontakt mit seiner Fraktion zu suchen, weil die Übereinstimmung mit dem Chef der Regierung allein nicht ausreicht. Wenn das sichtbar geworden ist, dann ist das ein Zustand, der in der Nachkriegspolitik der Bundesrepublik einzigartig ist. Ist das langweilig?

Sicher nicht, aber die Opposition denkt nicht daran, das nur als Spektakel anzusehen. Für sie, die sich weiter bemüht, in Lebensfragen der Nation ein Höchstmaß an Gemeinsamkeit zu erreichen, ist das eine Entwicklung, die sie mit Ernst zur Kenntnis nimmt, denn es erhöht ihre Verpflichtung in aussenpolitischen Fragen.

Sicher, die anfangs aufgezählten skurrilen Herren der Jahre 1949 bis 1953 hätten bei dieser Sachlage im Bundestag eine ganz andere Debatte daraus gemacht. Das will doch aber hoffentlich niemand.

II. Kongreß griechischer Sozialdemokraten in Deutschland

Von Dr. Basil P. Mathiopoulos

In Bad Godesberg trafen sich am vergangenen Wochenende die griechischen Sozialdemokraten in der Bundesrepublik zu ihrem zweiten Kongreß. Diese Organisation war vor etwa drei Jahren in Anlehnung an den "Sozialistischen Club Griechenlands" ins Leben gerufen worden, als durch den Zustrom der griechischen Gastarbeiter und Studenten das Bedürfnis nach einer derartigen Vereinigung entstanden war. Nach und nach wuchs der anfänglich noch kleine Kreis immer mehr, so daß man im Herbst 1962 sich ein Statut geben und einen Vorstand wählen konnte.

Auf dem diesjährigen II. Kongreß zeigte sich, daß die konsequente Arbeit der Organisationsführung gute Früchte getragen hat. Etwa 60 Delegierte, die Gruppen aus allen Großstädten der Bundesrepublik vertreten, erörterten die Chancen des demokratischen Sozialismus in Griechenland. Der Kongreß begrüßte den Umschwung, den das politische Leben Griechenlands durch den Sieg der Zentrums-Union in den Wahlen vom 3. November des vergangenen Jahres genommen hat. Man erklärte sich solidarisch mit den sozialen Reformen der Regierung Papandreu und betonte, daß es Sache aller griechischen Sozialisten sei, die Zentrums-Union in den kommenden Neuwahlen vom 16. Februar zu unterstützen.

Ein weiteres Thema war die Situation der griechischen Gastarbeiter in der Bundesrepublik, die sich verpflichten müssen, ein Jahr lang nicht den Arbeitsplatz zu wechseln. Der Kongreß befürwortete die Abschaffung dieser Bestimmung des Arbeitsvertrages. Man war ausserdem der Meinung, daß in Griechenland nach der nunmehr endlich sich abzeichnenden Wiederherstellung der Demokratie freie Gewerkschaften gewählt werden müßten. Der Kongreß forderte, daß auch den in der Bundesrepublik beschäftigten 130.000 griechischen Gastarbeitern Gelegenheit gegeben werden müsse, sich an den Parlamentswahlen in ihrer Heimat zu beteiligen, ohne zu diesem Zweck nach Griechenland zurückkehren zu müssen. Schließlich verabschiedete der Kongreß eine Resolution, in der für das zypriotische Volk die Anerkennung des Rechtes auf Selbstbestimmung gefordert wird. - Dem Kongreß wohnten als Gäste Vertreter der deutschen Gewerkschaften bei.

Die Arbeit griechischer Sozialdemokraten in der Bundesrepublik hat in Griechenland selbst ein starkes Echo gefunden, zumal in Griechenland immer noch nicht enden wollende Diskussionen über die Rolle, die der eine oder andere Sozialist in den kritischen Kriegsjahren gespielt hat, üblich sind. Da sich in der Bundesrepublik aber Griechen zusammengefunden haben, die damals noch zu jung waren, um an den Ereignissen aktiven Anteil zu nehmen, spielt diese Frage in ihrer Organisation keine Rolle. So erklärt es sich, daß die griechischen Sozialisten in der Bundesrepublik von keiner Seite in der Heimat angegriffen werden. Es steht zu hoffen, daß ihnen diese Stellung erlaubt, eines Tages eine Brücke zu schlagen zwischen den verschiedenen Richtungen des griechischen Sozialismus.

Frankreich am Scheideweg

Nachgaullistische Perspektiven

Von unseren Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Wird General de Gaulle im nächsten Jahr, wenn sein Mandat abläuft, von neuem kandidieren und sich entsprechend der Verfassung der Volkswahl stellen? Oder wird er es einem Gewährsmann überlassen, an seiner Stelle zum Präsidenten der Republik gewählt zu werden? Welche Chancen hätte die Opposition im einen oder im anderen Fall, de Gaulle oder den gaullistischen Kandidaten in der direkten Volkswahl zu überrunden?

Diese Fragen beherrschen jetzt bereits das politische Leben Frankreichs, da es nicht ausgeschlossen ist, daß der Wahltermin durch ein Dekret de Gaulles von 1965 auf 1964 vorverlegt wird.

Die Umstände der Ablösung

Zunächst muß man an die immer noch gültige Bestimmung der gegenwärtigen Verfassung erinnern: Falls General de Gaulle aus irgendwelchen Gründen außerstande sein sollte, sein Amt als Präsident der Republik auszuüben, springt bis zu einer Neuwahl der Senatspräsident ein, um interimistisch die staatliche Kontinuität zu gewährleisten. Präsident des Senats ist derzeit immer noch Gaston Monnerville, ein führender Mann der bürgerlichen Linken und unversöhnlicher Gegner des gaullistischen Regimes. Die Feindschaft zwischen dem Präsidenten-General und dem Senatspräsidenten stört immer noch den normalen Kontakt zwischen den höchsten Institutionen der französischen Republik. - Die Gaullisten denken mit Grauen daran, daß ausgerechnet dieser Monnerville provisorischer Staatspräsident sein könnte, falls de Gaulle durch einen Unfall oder ein Unglück verhindert wäre, sein Amt auszuüben. Monnerville würde zweifellos alles tun, um die alten Kräfte der französischen Demokratie wieder zu beleben. Er könnte sich dabei auf die latente Linksentwicklung stützen.

Linksentwicklung

Vor Beendigung des Algerienkrieges konnte man noch befürchten, daß de Gaulles Nachfolge vor allem im Zeichen einer rechtsradikalen Umsturzgefahr stehen würde. Diese Drohung ist mit der Niederschlagung der OAS immer geringer geworden. Eine Linksentwicklung hat eingesetzt und dauert unter der Oberfläche des gaullistischen Regimes fort. - Das heißt nicht, daß die konservativen Kräfte untätig bleiben, daß beispielsweise die Armee nicht ihre Ansprüche anmeldet. Diese Gefahr ist aber heute doch sehr viel geringer, als vor einigen Jahren.

Paradoxe Weise hat gerade der Gaullismus Frankreichs Linkskräfte freigelegt, einerseits durch die fast revolutionäre Lösung des Kolonialproblems, andererseits durch die autoritäre Brückierung der Opposition. Die Kommunistische Partei wurde gestärkt. Die Sozialisten und Demokraten, vorerst in gemäßigter Opposition, wurden zu schärferen Stellungnahmen gezwungen. Die Gewerkschaften wurden radikalisiert. Umrisse einer "Volksfront" sind festzustellen. Alle diese Erscheinungen, undenkbar in der vierten Republik, sind die Früchte der fünften Republik.

Sechste Republik ?

Dabei stellt sich allerdings jetzt bereits die Frage nach dem kommenden Regime: zurück zur vierten Republik, vorwärts zu einer sechsten Republik oder Reform der fünften Republik? Die Zahl derjenigen, die eine Rückkehr zur vierten Republik befürworten, ist zusammengeschrumpft. Wahrscheinlich halten nur noch die Radikalen, ein Teil der Widerstandsdemokraten und Linksdemokraten, wie eben auch Gaston Monnerville, an der Fiktion fest, daß die Legalität der vierten Republik nach wie vor gültig sei und man bei erster Gelegenheit zu ihr zurückkehren müsse, ohne die von de Gaulle vorgenommenen Verfassungsänderungen zu berücksichtigen.

Die Sozialisten haben de Gaulles Verfassungsänderungen zum Teil bekämpft, zum Teil akzeptiert; heute tragen sie den neuen Gegebenheiten jedenfalls Rechnung und denken nicht mehr an eine Rückkehr zu den Zuständen von 1958. - Auch die Kommunisten, die zu den Vätern der Verfassung der vierten Republik gehören, haben eingesehen, daß es zumindest unpopulär wäre, darauf zu bestehen. Auch sie erklären sich heute für "Regierungstabilität", es fragt sich nur, mit welchem Vorzeichen. Die bürgerlichen Mittel- und Rechtsparteien haben die gaullistische Verfassung mehr oder weniger anerkannt, würden aber gern der allzu autoritären Charakter mildern, der allerdings durch die Persönlichkeit de Gaulles, und dessen besondere Interpretation der Verfassung verstärkt ist.

Es bleibt also die Alternative: Weiterbau und demokratische Reform der gegenwärtigen fünften Republik oder Aufbau einer sechsten Republik mit völlig neuer Verfassung. Mit anderen Worten: Welche Kräfte und welche Methoden werden im Augenblick der Ablösung maßgebend sein?

Die Generalprobe

Die gegenwärtige Präsidentenwahlkampagne ist bereits die Generalprobe zu jener kommenden Entscheidung. Ein kleinerer Teil der französischen Linken ist, wie gesagt, für die Rückkehr zur vierten Republik und will somit das gaullistische Regime nur als "historischen Unfall" oder "halbfaschistisches Zwischenspiel" abtun, ungefähr wie Pétains "Etat Français" 1940-44. Ein anderer Teil strebt zu einer neuen sechsten Republik, deren verfassungsmäßige Umrisse aber durchaus ungewiß sind und die jedenfalls nur durch revolutionäre Ereignisse entstehen könnte, ungefähr wie die vierte Republik aus dem zweiten Weltkrieg und die fünfte Republik aus dem Algerienkrieg geboren wurde. Da zur Zeit derartige revolutionäre oder kriegerische Ereignisse nicht in Sicht sind - Frankreich genießt zum erstemal seit 25 Jahren den Frieden - bestehen die größeren Chancen für eine Reform der fünften Republik nach de Gaulle.

Realist Defferre

Dem entspricht das Programm des Präsidentschaftskandidaten Defferre, Bürgermeister von Marseille und Vorsitzender der sozialistischen Parlamentsfraktion: Der Präsident der französischen Republik soll weiterhin vom Volk gewählt werden, aber auf autoritäre Allüren verzichten und der Volksvertretung Rede und Antwort stehen. Außerdem soll seine Amtszeit nicht länger dauern als das Mandat der Abgeordneten und Senatoren. Mit einem Wort, die positiven Züge der fünften Republik, durch Volksabstimmungen gebilligt, sollen und können nicht rückgängig gemacht werden, die Demokratie soll aber wieder zur Geltung kommen.